Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Verantwortlicher Redacteur
Fr. Hüttner in Reudnitz.
Sprechstunde d. Redaction
Vormittags von 11—12 Uhr
Nachmittags von 4—5 Uhr.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 14,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 73. Montag den 13. März. 1876.

Aerztlicher Bezirksverein der Stadt Leipzig.

Versammlung Montag den 13 März 1876 Abends 6 Uhr im Saale der alten Waage.
Tagesordnung: 1) Geschäftliche Mittheilungen. 2) Cassenbericht und Beschlussfassung über die Höhe des Beitrags. 3) Wahl eines Ausschusses. 4) Begründung eines Antrags, die Standfrage betr., durch Herrn Prof. **Hennig.**

Dr. **Schildbach.**

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Die Nachweisung der Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Steuern sowie anderer Einnahmen des deutschen Reichs für das Rechnungsjahr 1875 ergiebt gegen das Vorjahr ein Plus von 11,186,567 ℳ

In der Justizcommission wurde über die zahlreichen Petitionen berathen, welche aus der Eidesformel jede Beziehung auf das dogmatisch-religiöse Bekenntniß entfernt wissen wollen. Nachdem ein Antrag auf motivirte Tagesordnung in der Minorität geblieben, beschloß die Commission, bei dem Plenum zu beantragen, daß der Reichstag an die Regierung die Aufforderung richte, darauf hinzuwirken, daß die Reichsgesetzgebung und demnächst, soweit nöthig, die preußische Gesetzgebung nicht nur für die gerichtlichen, sondern auch für sonstige Eide die vereinfachte Formel: „ich schwöre, daß ... u. s. w. ... so wahr mir Gott helfe", einführe.

Der „Köln. Ztg." schreibt man aus Berlin: Die Eisenbahnfrage ist in Aller Munde, und wenn es auch in der national-liberalen Partei Einzelne giebt, welche gewünscht hätten, daß der Plan der Reichseisenbahnen aus Zweckmäßigkeitsgründen noch einige Zeit und mindestens um ein Jahr verschoben wäre, so ist die ganz überwiegende Mehrzahl doch fest entschlossen, das großartige Vorgehen des Reichskanzlers zu unterstützen. Die Haltung der süddeutschen Liberalen macht wenig Eindruck. Man erinnert sich recht gut, daß die süddeutschen Liberalen, Rotteck, Welcker u. s. w., ebenso kurzsichtig sich dem deutschen Zollverein widersetzten und davon alles mögliche Unheil prophezeiten. Uebrigens hätten die mittelstaatlichen Regierungen vielleicht besser gethan, mit ihren Protesten zu warten, bis sie wußten, wogegen sie protestiren. Nach Allem, was man hört, ist der Reichskanzler entschlossen, zwar fest, aber nicht minder vorsichtig vorzugehen. Zunächst handelt es sich nur um die preußischen Staatsbahnen, und man erwartet, daß sich auf dem Landtage eine wenn auch nicht beträchtliche Mehrheit für die von der Regierung nachgesuchte Ermächtigung ergeben wird. Wenn der Bundesrath ablehnen sollte, aber auch in dem Falle, wenn die Mehrheit des Bundesrathes nur wenige Stimmen betragen sollte, wird der Reichskanzler den Reichstag gar nicht mit der Angelegenheit befassen, sondern sich darauf beschränken, in Preußen das System der Staatsbahnen auf die wichtigsten Linien auszudehnen. Das Uebrige würde sich dann geben.

Ein Berliner Correspondent des „Journal des Débats" berichtet seinem Blatte über die Eisenbahnfrage in Deutschland vom französischen Standpuncte aus: „Die kaiserliche Regierung hat den Plan gefaßt, sich den Staaten und den Actiengesellschaften zu substituiren, welche Eisenbahnlinien besitzen. Einmal Eigenthümerin, wenn nicht des ganzen deutschen Eisenbahnnetzes, so doch seiner Hauptlinien, könnte sie auf denselben die einfachen und rationellen Tarife einführen, deren Tauglichkeit eine fünfjährige Erfahrung in Elsaß-Lothringen bewiesen hat. Dann könnte Deutschland versuchen, durch seine Lage im Mittelpuncte Europas eine ähnliche Rolle auf dem Handelsgebiet zu spielen, wie es auf dem geistigen einzunehmen für sich beansprucht, d. h. es würde sich zum Generalunternehmer des europäischen Transithandels machen. Sowohl von Norden nach Süden, Dank der Gotthardlinie, wie in der Richtung von Westen nach Osten würde es ohne Mühe die Concurrenz der Parallel-Linien jenseits seiner Grenzen überwinden. Nach Ablauf einer gewissen Zeit würde diese Maßregel auch dem innern Handel des Landes ungeheure Vortheile verschaffen. Das Reich könnte nicht weniger thun, als das Princip, welches es bei der Ausbeutung der Posten und Telegraphen anwendete, auch auf die Eisenbahnen auszudehnen, nämlich: vom Publicum nicht mehr zu erheben, wenn dies möglich ist, als genau die Kosten des ihm geleisteten Dienstes, oder allgemeiner gesprochen: niemals die Productionswerkzeuge besteuern. Mit billigen, vom Staat einheitlich und zur größten Bequemlichkeit des Publicums geregelten Eisenbahnen, wie es ja seine Post und Telegraphie schon sind, würde Deutschland vielleicht dahin gelangen, gleichsam en bloc als Nation wieder zu gewinnen, was täglich an Millionen von Minuten durch die Langsamkeit der Individuen und durch ihre Geduld verloren geht, welche nur ein Reflex dieser Langsamkeit ist."

In der Sonnabends-Sitzung des ungarischen Unterhauses beantwortete der Ministerpräsident Tißza die Interpellation über die orientalische Frage. Der Ministerpräsident hob hervor, daß er bis jetzt die Eventualität eines Mißlingens der Friedensstiftung in den insurgirten türkischen Provinzen und einer Intervention Serbiens für sehr unwahrscheinlich halte. Serbien werde sich nicht in einen Gegensatz zu den Interessen Europas stellen. Falls aber diese Eventualität doch eintreten sollte, würden die Entschlüsse der österreichisch-ungarischen Monarchie von deren Interesse abhängen. Der Ministerpräsident betonte schließlich, daß man sich täusche, wenn man glaube, daß ein Vorgehen Serbiens die Einigkeit der europäischen Mächte stören könnte. Die Erklärung Tißza's wurde vom Hause mit großem Beifall aufgenommen.

Der Nachricht, daß das erste Ministerium der neuen französischen Aera gebildet sei, ist die andere auf dem Fuße gefolgt, daß das Organ Gambetta's das neue Cabinet noch in der Wiege mit einem Mißtrauensvotum begrüßt. Wie man aus Paris telegraphirt, gewänne dort die Ansicht an Boden, daß es mit jener feindlichen Aeußerung nicht so schlimm gemeint sei, es sich vielmehr nur um Das handle, was man in glücklicheren parlamentarischen Zeiten eine der Regierung ertheilte Mahnung zu nennen pflegte. Wie scheint offenbar am Beginn einer Reihe sich ablösender Versuche, ein Cabinet zu bilden, das zugleich Mac Mahon und Gambetta gefällt; ob dieses Problem überhaupt lösbar ist, kann nur die Erfahrung zeigen.

Das Wiener „Fremdenblatt" ist in der Lage, einen Auszug aus der Instruction, welche die Pforte den nach Bosnien und der Herzegowina gesandten Commissairen ertheilt hat, mitzutheilen. In demselben heißt es: „Die Aufgabe der Specialcommissaire besteht in der Durchführung jener Bestimmungen, die sich auf die Rückkehr wie auf die Niederlassung und den Schutz jener Einwohner beziehen, die anläßlich des Aufstandes ihre ordentlichen Wohnsitze im Lande verließen. Die vom Sultan gewährte General-Amnestie soll Allen ohne Unterschied zu Gute kommen, also sowohl jenen Individuen, welche zu den bewaffneten Banden gehörten, als auch den Familien, die ihre Wohnstätten verließen, um dem Aufstande größeren Spielraum zu gewähren. Die Commissaire sind angewiesen, dieses Amnestiedecret in türkischer und bosnischer Sprache drucken und sowohl durch die türkischen Organe als durch die österreichisch-ungarischen, serbischen und montenegrinischen Grenzbehörden verbreiten zu lassen. In dieser Proclamation werden die Theilnehmer am Aufstande aufgefordert werden, binnen vier Wochen zum Gehorsam zurückzukehren." Die Manipulation bei der Heimkehr der Flüchtlinge wird in der Instruction genau vorgezeichnet. Weiter wird in der Instruction gesagt: „In ihren Communitäten angelangt, werden die Einwohner in ihr früheres Besitzthum eingesetzt. Dort, wo die Häuser und Hütten niedergebrannt oder zerstört worden, wird den Unbemittelten zum Wiederaufbau derselben Holz aus den Staatsforsten gewährt, ebenso Steine und Holzwerk zum Wiederaufbau zerstörter Kirchen und Schulen, nebstdem noch andere Erleichterungen zu estanden und bis zur Vollendung dieser und der Ernte-Arbeiten auch Brod verabreicht. Im Sinne der Gleichberechtigung kommen diese Zugeständnisse, betreffend die Reconstructionsarbeiten, auch den Muselmännern und deren Moscheen zu Gute, eine Verfügung, die geeignet erscheint, die mohamedanische Bevölkerung versöhnlicher zu stimmen." Am Schlusse wird hervorgehoben: „Die Durchführung aller dieser Verfügungen durch die Civilbehörden steht unter der besonderen Oberaufsicht der Executiv-Commission. Die Mitglieder der letzteren werden daher auch mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet. So haben sie das Recht, in Fällen, wo sie Versäumniß oder Unzukömmlichkeiten wahrnehmen, die bezüglichen Verfügungen rückgängig machen zu lassen, erforderlichenfalls ihre Beschwerden unmittelbar an die hohe Pforte zu leiten. Allen Beamten ist die Verantwortlichkeit für ihr Vorgehen innerhalb ihres Wirkungskreises einzuschärfen."

Aus Stadt und Land.

* **Leipzig**, 12. März. In unserer Stadt bilden noch immer die am Freitag Abend in der Tonhalle abgehaltene Volksversammlung und der Redekampf zwischen den Herren Sparig und Bebel das Tagesgespräch. Wie in allen Dingen, so gehen auch hier die Meinungen aus einander. Der Eine meint, Sparig habe reussirt, der Andere findet, daß ihm Bebel überlegen gewesen, und der Dritte drückt seine Meinung dahin aus, daß gar Nichts dabei herausgekommen sei. Nun, wer sich etwa dem Glauben hingegeben, es werde in der Versammlung die eine Partei über die andere obsiegen, es werde daraus ein greifbares Resultat hervorspringen, Der hat von allem Anfang einer irrigen Auffassung gehuldigt. Die Socialisten, ihre Führer voran, sind so fanatische Anhänger des bekannten Standpunctes, daß sie „unterdrückt" seien und die heutige Weltordnung total umgestürzt werden müsse, daß sie zu einer Aenderung ihrer Ueberzeugung am allerwenigsten durch Darlegungen Anderer sich bewegen lassen. Auf der andern Seite ist die Gegenpartei aber auch so fest von der Verderblichkeit und der Verwerflichkeit der socialistischen Lehren überzeugt, daß selbst die Virtuosen unter den socialdemokratischen Rednern keine ihnen günstige Wirkung hervorbringen. Die Versammlung konnte nur den Zweck haben, den hier und da bestehenden Wahn zu zerstören, als ob man sich vor den Socialisten „fürchte", als ob man nicht den Muth habe, ihnen entgegenzutreten, und nebenbei von der Vertuschung und der Verschleierung, welche die socialistische Partei gegenüber den Schandthaten der Pariser Commune beliebt, den Mantel hinweg zu ziehen. Beides ist denn auch in vollkommenem Maße durch die Versammlung erreicht worden. Herr Sparig mag Herrn Bebel in der Zungenfertigkeit, in der Gewandtheit der Redeform und in der auf Effect berechneten Art und Weise der Gesticulationen nachstehen; aber er hat trotzdem seinen Mann wacker gestellt, und der donnernde Beifall am Ende seiner Rede bewies, daß er die Zustimmung aller Derer, die nicht zur Fahne des Socialismus schwören, sich errungen hatte. Alles Das, was er vorbrachte, war so sehr von Geradheit, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit durchdrungen, daß sein Gegner, Herr Bebel, der sich sichtlich über Manches geärgert zu haben schien, absolut Nichts zu entkräften vermochte. Durch Bebel's Rede zog sich, wie ein rother Faden, der Satz, daß die Commune so Manches wider die Freiheit gethan, daß sie sich aber in einer „Zwangslage" befunden habe, welche Alles entschuldige. Diese Zwangslage war das hauptsächliche Argument, mit welchem Bebel kämpfte. Der ganze grelle Gegensatz zwischen den beiden Rednern zeigte sich am deutlichsten, als Sparig auf die Bebel'schen Ausführungen über die anzustrebende „internationale Verbrüderung", die kein einzelnes Vaterland kenne, die Fahne des deutschen Reiches aufpflanzte und seinen Standpunct mit Moltke's Wahlspruch kennzeichnete: „Allezeit treu bereit, für des Reiches Herrlichkeit!" In der Versammlung gab sich so recht wieder einmal die Taktik der Socialdemokraten kund. Erstlich waren notorisch bedeutend mehr Vertreter der socialistischen Richtung anwesend, obwohl von der andern Partei, woran Niemand zweifeln wird, sämmtliche auf sie gefallene Eintrittsbillets benutzt worden waren. Wie Das möglich gewesen, darüber werden, wie wir hören, von der zunächst betheiligten Seite noch Aufklärungen erfolgen. Sodann gingen die Socialisten in der Versammlung provocirend vor. Als Sparig auf der Rednertribüne erschien, befolgten die Liberalen die Mahnung des Vorsitzenden ganz correct, daß man sich der Beifalls- und Mißfallensbezeigungen enthalten solle, und sie ließen ihn seinen Vortrag ruhig beginnen. Dagegen brachen die Socialisten sofort in einen Beifallssturm aus, noch ehe Bebel ein Wort geredet hatte. Als nun noch Herr Bebel im Eingange seiner Bemerkungen seinem Gegner vorwarf, daß er die Billets „für Geld verkauft" habe, was wider die Verabredung sei (diese Annahme ist, wie wir bestimmt wissen, gänzlich irrig), so war natürlich durch diese Provocationen einige Aufregung in die Reihen der Liberalen geworfen, es entstand einige Unruhe, man vernahm Zwischenrufe, und diesen Umstand verwerthete Herr Bebel dazu, daß er auf die Liberalen den Verdacht zu wälzen suchte, als ob sie gekommen seien, um die Versammlung zu stören. Jeder aufmerksame Beobachter der Versammlung wird wissen, was er hiervon zu halten hat.

—l **Leipzig**, 11. März. Von der Direction der internationalen Ausstellung für Jugendpflege und Volkserziehung, welche in diesem Jahre in Berlin stattfinden soll, ist der Handelskammer ein Exemplar der darauf bezüglichen Drucksachen zugesandt worden. Dieselben liegen für alle Diejenigen, welche daran Interesse nehmen, auf dem Bureau, Neumarkt 19, zur Einsichtnahme aus. Die Anmeldung zur Ausstellung muß vor dem 1. April erfolgen.

— Wir werden ersucht, dem Einsender des in der Sonnabends-Nummer abgedruckten Inserats, unterzeichnet: „Eine alte Actionairin", die Mittheilung zu machen, daß laut des „Zweiten Nachtrags zu dem Revidirten Statut der Leipziger Bank" die dem Aufsichtsrathe der letzteren bestimmte Tantième von 10 auf 5 Procent bereits herabgesetzt ist.

— Morgen, Dienstag Abend, wird im Saale des Pantheon der Ringkämpfer Otto Kempf in Verbindung mit der Gymnastiker-Gesellschaft Jean Gardt und Mr. Petersen aus dem Alhambra-Theater zu Kopenhagen auftreten. Herr Kempf fordert in bekannter Weise unter Aussetzung einer hohen Summe starke Leute auf, den Ringkampf mit ihm aufzunehmen.

— Der Kohlenfahrer, über welchen in den letzten beiden Nummern d. Bl. berichtet worden, hatte sich einer Unterschlagung von 7 ℳ 60 ₰ zum Nachtheile seines Auftraggebers schuldig gemacht und sich aus Lebensüberdruß vergiftet.

* **Lindenau**, 12. März. Die Festfeier, welche die Mitglieder des hiesigen nationalliberalen und des Reichsvereins am 22. März zu Ehren des 79. Geburtstages des deutschen Kaisers Wilhelm im großen Saal des Gasthauses „Drei Linden" hier veranstalten werden, verspricht nicht allein aus unserem Orte selbst, sondern auch aus der Umgegend eine recht erfreulich zahlreiche Betheiligung. Die Festrede hat auf das an ihn gerichtete Ersuchen Herr Dr. Hans Blum aus Leipzig mit dankenswerther Bereitwilligkeit übernommen.

— Aus Abgeordnetenkreisen geht der „Dresd. Ztg." Folgendes zu: In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" übernimmt ein Leitartikel die Vertheidigung derjenigen nationalliberalen Mitglieder der 2. Kammer, welche für den Antrag der particularistischen Parteien in der Frage der Reichseisenbahnen gestimmt haben. Inwieweit dem Verfasser des Leitartikels sein Vorhaben gelungen ist, mag dahin gestellt bleiben; aber, wenn er immer von den Nationalliberalen der 2. Kammer, von der nationalliberalen Partei spricht, welche er vertreten will, so bedarf diese Ausdrucksweise einer Richtigstellung. In der Fractionssitzung der Freien Vereinigung, die über den Gegenstand abgehalten wurde, erklärte eine Anzahl Mitglieder, daß sie in dem Antrag der Conservativen und der Fortschrittspartei nur eine politische Demonstration erblicken könnten, der sie sich keinesfalls anschließen würden; und da von anderer Seite an einer Aussprache gegen das Project des Erwerbs der Eisenbahnen durch das Reich festgehalten wurde, so einigte man sich dahin, daß man von Fractionswegen den — von der Kammer abgelehnten — Antrag, worin die Regierung ersucht wurde, für das Zustandekommen des Reichseisenbahngesetzes sich zu bemühen, vorbringen, im Uebrigen aber einem Jedem seine Abstimmung überlassen wollte. In der Kammer haben 18 Mitglieder der Freien Vereinigung abgestimmt, davon haben 11 für den Antrag der Gegenparteien, 7 gegen denselben gestimmt. Die Letzteren haben sich, wie man jetzt in der ganzen nationalen Presse Deutschlands nachlesen kann, in Uebereinstimmung mit den berufensten Organen der Partei befunden, und der Verfasser des eingangsgenannten Artikels hat sich deshalb nicht genau ausgedrückt, als er die Abstimmung der Nationalliberalen der Zweiten Kammer in Schutz nahm, da nicht die Fraction als solche, sondern 11 von 18 sich für den Deputationsantrag erklärten, in diesem Falle aber der Theil durchaus nicht für das Ganze genommen werden darf.

— Am Mittwoch gegen Abend hat in der Burggasse zu Meißen ein Knabe Scherben auf die Straße geworfen, von welchen ein Splitter einem vorübergehenden Knaben von 13 Jahren, vater- und mutterloser Waise, in das rechte Auge gesprungen ist, in Folge dessen das Auge des Knaben verloren gehen wird.

— Auf der Straße von Roßwein nach Wilsdruff ist am 6. d. M. eine 50jährige Wittwe aus Tanneberg von einem etwa 20jährigen fremden Menschen angefallen, gemißbraucht und sodann in so empörender Weise verletzt worden, daß sie nach 19stündigen Leiden gestorben ist.

— Am Freitag wurde durch Gensdarmerie der Ulan Becker aus Mehlis in Ohrdruf eingebracht, welcher als Deserteur von seiner Schwadron in Langensalza verfolgt war. Derselbe hatte nach eigener Angabe am 7. d. M. in der Nähe von Räzelstädt seine Braut umgebracht und sich sodann in seine Heimath geflüchtet. Becker ist von Ohrdruf aus am 10. nach Gotha ans Militaircommando abgeliefert und am Abend zu Wagen durch eine aus Langensalza abgesandte Ulanenescorte dorthin in seine Garnison abgeholt worden.